

NACHRICHTEN

Chatami bittet um Hilfe für seinen Reformkurs

WEIMAR: Der iranische Staatspräsident Mohammed Chatami (rechts) hat die Deutschen um Unterstützung seines Reformkurses in Iran gebeten. Zum Abschluss seiner Deutschlandvisite erklärte er am Mittwoch in Weimar,

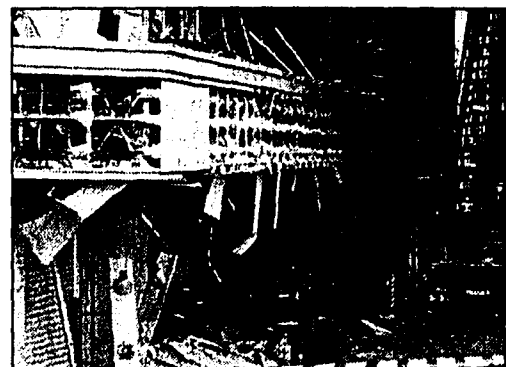


Deutschland sei auf Grund seiner Geistesgeschichte besonders geeignet, in den Dialog mit Iran einzutreten. Bundespräsident Johannes Rau bezeichnete den ersten Staatsbesuch eines iranischen Präsidenten in Deutschland seit 1967 als Wendepunkt in den Beziehungen beider Länder. Chatami sagte, die deutsche Philosophie habe mit ihrem stets kritischen Ansatz nicht nur die Tradition, sondern immer auch die Moderne hinterfragt: «Diese Ansätze und Erfahrungen können für die heutige Welt wegweisend sein, denn wir können uns weder der Tradition noch der Moderne unterwerfen, aber auch nicht die eine der anderen opfern.»

Rentenreform geht auch ohne Union in Arbeit

BERLIN: Die geplante grosse Rentenreform nimmt auch ohne Mitwirkung der Union konkrete Formen an. In Abwesenheit von CDU und CSU trafen sich Koalition und FDP am Mittwoch zu einem als «sehr konstruktiv» bezeichneten Konsensgespräch. In der Sommerpause soll nun auf Grundlage der rot-grünen Eckpunkte bis voraussichtliche Mitte September ein Entwurf erarbeitet werden. Zur Diskussion darüber sei dann auch die Union eingeladen, sagte Arbeitsminister Walter Riester. Die Tür werde nicht zugeschlagen, aber Verschleppung auch nicht hingenommen. CDU-Vize Christian Wulff machte dagegen Gespräche weiter von einer Grundsatzklärung des Kanzlers abhängig.

Autobombe im Zentrum Madriids explodiert



MADRID: Bei der Explosion einer Autobombe im Zentrum von Madrid sind am Mittwoch mindestens zehn Menschen verletzt worden, einer davon schwer. Die Behörden vermuteten hinter dem Anschlag die baskische Separatistenorganisation ETA. Die Bombe detonierte um 6.31 Uhr vor einem beliebten Kaufhaus im Callao-Viertel. Die Detonation richtete schweren Sachschaden an: Im Umkreis von 50 Metern gingen Fensterscheiben zu Bruch, Fassadenteile stürzten zu Boden. Im Erdgeschoss eines Kaufhauses brach ein Feuer aus.

Keine Fortschritte bei Zypern-Gesprächen

GENÈVE: Die dritte Runde der Zypern-Gespräche unter Schirmherrschaft der UNO ist am Mittwoch in Genf unterbrochen worden. Die indirekten Gespräche zwischen der Türkei und Griechenland sollen am 24. Juli in Genf fortgesetzt werden. UNO-Vermittler Alvaro de Soto erklärte vor der Presse, er habe beiden Parteien «gewisse Ideen» unterbreitet. Er hoffe, dass diese von beiden Seiten während des Unterbruchs in Betracht gezogen würden. De Soto gab keine Details bekannt. UNO-Generalsekretär Kofi Annan war bei der Eröffnung der dritten Runde am 5. Juli in Genf getrennt mit dem zypriotischen Präsidenten Glafkos Klerides und dem Führer der Inseltürken, Rauf Denktaş zusammengetroffen. Die Gespräche wurden nach UNO-Angaben bis zum 24. Juli wegen «Konsultationen» unterbrochen.

Clinton berät mit Barak

Palästinenser und Israelis bekräftigen ihre Haltung - Kein Dreier-Treffen

THURMONT: Am zweiten Tag des Nahost-Gipfels in Camp David ist US-Präsident Bill Clinton am Mittwoch mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak zusammengetroffen. Am Morgen erörterte Clinton zunächst mit seinem Beraterstab die anstehenden Gespräche mit Barak und dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat. Danach sprachen Clinton und Barak über den Stand der Verhandlungen.



Während in den USA verhandelt wurde, protestierten Palästinenser in ihrer Heimat gegen die Friedensbemühungen der Politiker. (Bild: Keystone)

Ein Dreier-Treffen wurde für den Mittwoch nicht angekündigt. Unterdessen bekräftigten Vertreter beider Seiten ihre Haltung in strittigen Punkten.

Die Sprecherin der palästinensischen Delegation, Hanan Aschrawi, sagte am Mittwoch im US-Sender CNN, Israel ignoriere seine Verpflichtung gegenüber den palästinensischen Flüchtlingen und schade damit der Verhandlungsatmosphäre. Dass Israel sich seiner Pflicht entziehe, sei kein guter Anfang, betonte Aschrawi. Der israelische Kabinettsminister Juli Tamir sagte CNN, die Forderung der Pa-

lästinenser nach dem Ostteil von Jerusalem als künftiger Hauptstadt werde nicht erfüllt. Jerusalem werde niemals geteilt, bekräftigte Tamir.

Dennoch betonte Clintons Sprecher Joe Lockhart, der Gipfel habe am Dienstag in guter Atmosphäre begonnen. Das erste, 30-minütige Gespräch zwischen Clinton, Barak und Arafat sei «ernsthaft» verlaufen, sagte Lockhart. Am Abend tra-

fen sich die drei Politiker zum Essen. Anschliessend sprach Clinton erneut kurz mit Arafat.

Über den Inhalt des Gesprächs wurde nichts bekannt: Um den Erfolg des Gipfels nicht zu gefährden, einigten sich Clinton, Barak und Arafat auf eine Nachrichtensperre.

Lockhart sagte, er wolle in den nächsten Tagen nicht über den Stand der Verhandlungen berichten. «Die Delegationen kennen sich

gut. Sie kennen die Themen gut», erklärte er. Das Beste sei, ihnen nun Gelegenheit zu geben, ihre Differenzen zu überbrücken. Auch Clinton hüllte sich in Schweigen: «Wir haben vereinbart, keine Fragen zu beantworten und keine Kommentare abzugeben, also muss ich mit gutem Beispiel vorangehen», sagte der US-Präsident vor Journalisten.

Vor dem Treffen mahnte Clinton Barak und Arafat zu Kompromissbereitschaft. «Es gibt keine Garantie für einen Erfolg, aber es nicht zu versuchen, hiesse einen Fehlschlag zu garantieren», sagte Clinton. Beide Seiten müssten in Camp David einen Weg finden, ihre gegensätzlichen Standpunkte auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Der Ort des Gipfeltreffens hat Symbolcharakter: Auf dem Landsitz des US-Präsidenten, rund 100 Kilometer nördlich von Washington, vereinbarten Israel und Ägypten 1978 einen Friedensvertrag.

Die schwierigsten Verhandlungspunkte sind die endgültigen Grenzen zwischen Israel und dem künftigen Palästina, der Status von Jerusalem sowie die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge. Diese Probleme sollen in einem bis zum 13. September zu unterzeichnenden Friedensvertrag geklärt werden.

Aufruf zu Heiligem Krieg

MANILA: Die grössten moslemische Untergrundgruppe auf den Philippinen hat am Mittwoch zu einem Heiligen Krieg gegen die Regierung in Manila aufgerufen. Nach Angaben eines Sprechers der Islamischen Befreiungsfront Moro (MILF) werde das Zentralkomitee in Kürze zusammentreten, um Einzelheiten zu beraten. Alle Glaubensbrüder seien zur Teilnahme an dem Kampf aufgefordert. Die Regierung in Manila erklärte daraufhin, sie nehme die Drohung nicht auf die leichte Schulter, glaube aber, dass der Grossteil der moslemischen Bevölkerung im Süden auf Seiten des philippinischen Staates stehe.

Die MILF kämpft ebenso wie die Gruppe Abu Sayyaf, die seit Ostern 20 Geiseln gefangen hält, darunter das Göttinger Ehepaar Wallert und dessen Sohn Mark, für einen eigenen moslemischen Staat im Süden der Philippinen.

Stärkerer Kampf gegen Aids

Unicef warnt vor Katastrophe

DURBAN/GENÈVE: Der Kampf gegen Aids soll verstärkt werden: Bei der Aidskonferenz im südafrikanischen Durban kündigten Weltbank und Pharmaunternehmen ihre finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer an.

Die Weltbank will für den Kampf gegen die Aidskatastrophe umgerechnet eine Milliarde Mark zur Verfügung zu stellen. Aids-Aktivisten und Regierungsvertreter kritisierten die Angebote jedoch als halbherzig, da die Medikamentenpreise weiterhin zu hoch blieben, hiess es.

Nach Schätzungen der UNO müssten jedes Jahr zwischen zwei und drei Milliarden Dollar aufgebracht werden, um die Aids-Epidemie wirkungsvoll zu bekämpfen. Tatsächlich würde aber nur ein Zehntel davon bereitgestellt.

Viele Länder Afrikas stünden wegen der Seuche vor der grössten sozialen Katastrophe ihrer Geschichte, warnte zugleich das UNO-Kinderhilfswerk Unicef am Mittwoch.

In den Ländern südlich der Sahara sterben derzeit zehn Mal mehr Menschen an Aids als in gewaltsamen Konflikten, hiess es in einem Unicef-Bericht. Bis Ende des Jahres werde sich die Zahl der Aids-Waisen weltweit auf 13 Millionen Kinder erhöhen. Nach Angaben der UNICEF infizieren sich weltweit jede Minute sechs junge Menschen unter 25 Jahren mit dem Aids-erregenden HIV. Junge Mädchen und Frauen haben laut UNICEF ein rund 50 Prozent höheres Infektionsrisiko als junge Männer. In Botswana ist demnach bereits ein Drittel aller jungen Frauen zwischen 15 und 24 Jahren HIV-infiziert.

Belgrad entlässt 18 Richter

BELGRAD: Das serbische Parlament hat am Mittwoch 18 Richter aus Belgrad zum demontierten Prozess gegen die Aids-Verbreiter in Belgrad aus politisch-ethischen Gründen entlassen.

Nach Meldungen von Belgrad: Die Nachricht über die Entlassung der Richter wurde von der Obersten Gerichtshofpräsidentin Katarina Markovic abgelehnt, weil sie Mitglied des unabhängigen Richterverbands Serbien ist.

Ein Belgrader Richter wurde getötet. Die Ermittlungsmitteln der serbischen Bewegung «Otkop» (Widerstand) ist. Aussenminister Belgrader Richter haben ihre Posten verloren.

Zwei Richter und der Staatsanwalt aus Pozarevac wurden abgelöst, weil sie sich der verstärkten Repression und ungesetzlichen Vorgehen der Behörden gegen Regimegegner in der Stadt widersetzt haben.

Zwei Tote in Nordirland

Ausschreitungen zum Parade-Höhepunkt

Belfast: Zum Höhepunkt ihrer gewalttätigen Marschaison haben Zehntausende nordirische Protestanten am Mittwoch an Umzügen in Belfast und anderen Städten teilgenommen. Die Polizei berichtete von mindestens 20 Verletzten und schweren Krawallen.

In der Nacht hatte die Polizei neben einem Freudenfeuer der Protestanten in Larne nördlich von Belfast die Leiche eines durch Kopfschuss getöteten Mannes gefunden. Hintergrund der Tat sind offenbar Streitigkeiten zwischen rivalisierenden protestantischen Untergrundgruppen. In Coleraine nordwestlich von Belfast wurde ein Mann erstochen.

Wie in den vergangenen Tagen in Portadown rechneten die Sicherheitskräfte auch in der Provinzhauptstadt mit Ausschreitungen. In Belfast demonstrierten die Mitglieder des Oranier-Ordens auf der Ormeau Road, für deren von Katholiken bewohnten Teil ein Marschverbot galt. Vor der Metallabspernung am Eingang zum katholischen Sektor hielt einer der Oranier-Führer

eine flammende Rede, in der er die Protestanten zu «energischen Protesten» gegen die Behinderung der Marschrouten aufrief. In der gesamten Provinz entzündeten Anhänger des pro-britischen Ordens zuvor

nächtliche Freudenfeuer zur Erinnerung an den Sieg des protestantischen Königs Wilhelm III. von Oranien über aufständische Katholiken bei der Schlacht von Boyne am 12. Juli 1690.



Anhänger des Oranier-Ordens entzündeten Freudenfeuer zur Erinnerung an einen Sieg, der vor mehr als 300 Jahren errungen wurde. (Bild: Keystone)

Gegen bewaffnete Konflikte

MOSKAU: Die Aussenminister der sieben führenden Industrienationen und Russlands (G-8) haben eine weltweite Initiative zur Vermeidung bewaffneter Konflikte beschlossen. Im Mittelpunkt stehe dabei der Kampf gegen den unkontrollierten Handel mit Kleinwaffen sowie die gesellschaftliche Wiedereingliederung von Kindersoldaten. Dies sei der Startschuss für konkrete Massnahmen, hiess es am Mittwoch beim Treffen der Aussenminister in japanischen Miyazaki.

Zum Auftakt ihrer zweitägigen Beratungen sprachen sich die Minister zudem für eine schnelle Verwirklichung des START-II-Abbrüstungsabkommens sowie den Abschluss des START-III-Abkommens aus. Das geplante nationale Raketenabwehrsystem (NMD) der USA sei dagegen nicht ausdrücklich beraten worden, hiess es. Die Minister berieten indes über Möglichkeiten einer Zerstörung von chemischen Waffen und bekräftigten ihre Unterstützung für den Ottawa-Vertrag über eine Zerstörung aller weltweiten Landminen.